



«Das ist nur der Anfang»: Spruchband der Demonstranten in Hongkong, deren Barrikaden auf Polizeianordnung von Arbeitern geräumt werden. Bild: ap/Vincent Yu

Lehrstunde nicht genutzt

China hat die Proteste in seiner Sonderverwaltungszone Hongkong ausgesessen. Dabei könnte die Zentralregierung in Peking die Stadt als Testgelände gut gebrauchen.

INNA HARTWICH

HONGKONG. Am Tag 75 scheint alles vorbei zu sein. Die Demonstranten räumen ihre Zelte zusammen, Bauarbeiter brechen nach und nach die Barrikaden ab. Eine stundenlange Aktion, bei der die Polizei mehrere Aktivisten abführt. Sie lassen sich an Schultern und Füßen packen und wegtragen. Am Ende soll der Verkehr durch das Regierungsviertel im Hongkonger Stadtteil Central wieder rollen.

Eine Generation politisiert

Hier hatten Studenten, Professoren, Priester und so manche Abgeordnete ausgeharrt, hatten die Verwaltung in Hongkong, viel mehr aber noch die Zentralregierung in Peking herausgefordert. Sie waren für mehr Demokratie auf die Strasse gezogen, hatten eine echte Wahl ihres Regierungschefs im Jahr 2017 gefordert. Die Farce, die Peking ihnen aufzwingt – eine Wahl ja, eine echte Auswahl aber

keineswegs – lehnen sie auch am Tag ihrer Niederlage lautstark ab.

Für sie, den harten Kern der Demonstranten, ist es nicht vorbei. Für sie hat der Widerstand gegen ein China, das ihre Rechte einengt und ihnen Mitbestimmung verweigert, erst angefangen. Eine ganze Generation hat sich praktisch über Nacht politisiert, in einer Stadt, die so lange nur auf das Geld, auf das finanzielle Wohlergehen aus war. Politik stand bei vielen hinten an. Bis zu jenem Sonntag im September.

Die Menschen hatten sich mit Regenschirmen gegen Tränengas und Schlagstöcke der Staatsmacht gewehrt. Sie haben nach und nach schmerzlich verstanden müssen, dass sie als David nicht gegen den mächtigen Goliath in Peking anzukommen imstande sind. Doch sie bleiben ein Stachel in Chinas Politik, alles unter Kontrolle halten zu wollen.

Probleme sind nicht gelöst

Peking ist mit seiner Taktik, die Krise auszusitzen, auf den

ersten Blick der Sieger. Ein beständiger Sieg ist es nicht. Die Forderungen der Jugend, die immer mehr mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, werden nicht einfach verschwinden. «Wir werden wiederkommen», steht auf den Plakaten, die nun unter Polizeizwang abgehängt wurden. Das ist wörtlich zu nehmen. Denn Hongkong, anders als Festlandchina, gewährt die Freiheit, den Unmut auf die Strasse zu tragen. Und die Demonstranten haben diese nicht missbraucht – die Proteste verliefen grösstenteils friedlich, höflich, ja geradezu brav. Hongkong hat eine bunte Zivilgesellschaft, hat einen Rechtsstaat, vor dem sich die Kommunistische Partei fürchtet. Schon deshalb hat sie Tausende Zensoren bemüht, um dem Volk bloss keinen Einblick in die Ereignisse in der Sonderverwaltungszone zu gewähren.

Peking hat in nächster Zeit keine Proteste à la Hongkong zu befürchten. Der Nährboden, den Unmut aufzufangen und zu ka-

nalisieren, fehlt. Mit dem steigenden Wohlstand aber verstärkt sich auch quer durch das riesige Land der Wunsch nach Teilhabe und Mitbestimmung.

Chance nicht genutzt

Die Regierung sollte in der Hongkong-Politik zu ihrem geliebten Pragmatismus zurückkehren und die Finanzmetropole als Testgelände verstehen. Warum nicht einmal einen Kandidaten der Opposition zulassen? Es ist kaum anzunehmen, dass er die Wahl gewinnen würde. Und wenn, wüsste auch dieser, dass er an der Zusammenarbeit mit Peking nicht vorbeikommt. In Hongkong könnte Peking ausprobieren, wie es ist, die Bürger zu beteiligen. Es könnte lernen, mit den letztlich unkontrollierbaren Mechanismen umzugehen, um sie allmählich auch in Festlandchina zuzulassen und so die gepriesene Stabilität zu wahren – ohne dass der Zentralregierung ihr ganzes System eines Tages um die Ohren fliegt.

Ein ungeklärter Tod heizt Nahostkonflikt weiter an

WALTER BREHM

Der Vorwurf ist Mord. Beweise gibt es nicht. Doch der Tod des palästinensischen Politikers Ziad Abu Ain verschärft die Spannungen zwischen Israel und der palästinensischen Autonomieverwaltung. Er starb am Mittwoch nach einer Demonstration gegen die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland zum internationalen Tag der Menschenrechte. So weit die gesicherten Fakten.

Widersprüchliche Meldungen

An der Kundgebung habe die israelische Armee Tränengas eingesetzt, bevor Soldaten den palästinensischen Politiker an einem Kontrollpunkt mit Gewehrkolben auf die Brust geschlagen hätten. So hat die palästinensische Nachrichtenagentur Maan berichtet. Aufnahmen eines arabischen Fernsehsenders zeigen nicht, wie Abu Ain geschlagen wird, aber wie ein israelischer Soldat den früheren palästinensischen Vizeminister am Hals packt. Die israelische Armee teilte nur mit, sie habe etwa zweihundert «Randallierer» gestoppt, die auf die jüdische Siedlung Adai-Ad zumarschiert seien. Die Mitteilung geht auf den möglichen Übergriff auf Abu Ain gar nicht ein.

Von den Demonstranten – einige auch aus Israel – weiss man, dass sie am Rande der Siedlung Olivenbäume pflanzen wollten. Damit sollte gegen deren weitere Ausdehnung protestiert werden. In dem Siedler-Vorposten Adai-Ad, der auch nach israelischem Recht illegal ist, leben derzeit 25 überwiegend jüdisch-orthodoxe Familien.

Harsche offizielle Reaktionen

Ob der reklamierte Angriff auf Abu Ain an sich tödlich war, kann derzeit niemand beweisen. Der Mann war aber zuckerkrank und hatte einen hohen Blutdruck, und demnach sicher eine schwache Konstitution. Möglich, dass sein Tod ein Unfall war.

Doch Differenzierung ist in der aufgeladenen Atmosphäre zwischen Israel und den Palästinensern derzeit kaum möglich. Die offiziellen Reaktionen der

Palästinenser waren harsch. Ihr Chefunterhändler Saeb Erekat nannte den Tod Abu Ains einen «Mord», der «schwerwiegende Konsequenzen» nach sich ziehe. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas sprach von einem «barbarischen Akt».

Entwurf einer UNO-Resolution

Schon vor dem ungeklärten Tod von Ziad Abu Ain kündigte sich neben dem schwelenden Konflikt um Jerusalem neue Unbill an. Jordanien und die Arabische Liga hatten im Namen der Palästinenser den Entwurf einer UNO-Resolution noch vor Weihnachten angekündigt, laut dem sich Israel bis November 2016 aus dem Westjordanland zurückziehen müsse, um einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zu ermöglichen. Saeb Erekat sagte dazu: «Sollte diese Resolution scheitern, wird Palästina dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und weiteren 21 UNO-Konventionen beitreten. Wir internationalisieren unser Anliegen.» Erekat erwähnte die jüngsten Anerkennungen Palästinas durch die Parlamente in Schweden, Grossbritannien, Irland und Frankreich.

Drohende Radikalisierung

Eine Umfrage des «Palestinian Center for Policy and Survey Research» zeigt auch auf einer anderen Ebene die Gefahr einer Eskalation. Demnach nimmt in der palästinensischen Bevölkerung die Hoffnung auf eine politische Konfliktlösung mit Israel rapide ab. Die Bereitschaft, eine neue Intifada zu beginnen, stieg laut der Umfrage auf 56 Prozent. Bereits 42 Prozent der Palästinenser halten den «bewaffneten Widerstand» für den besten Weg zu einem eigenen Staat; nur noch 26 Prozent gaben an, sie unterstützten weiterhin Verhandlungen mit Jerusalem.

Zudem scheint die Unterstützung der islamistischen Hamas auch im Westjordanland dramatisch zuzunehmen. 53 Prozent erklärten, sie würden heute den Hamas-Chef Ismail Haniyeh zum Präsidenten wählen. Nur noch 38 Prozent sprachen sich für den gemässigten Amtsinhaber Mahmud Abbas aus.

Ex-US-Vizepräsident verteidigt Folterpraxis

WASHINGTON. Dick Cheney hat den Bericht über Foltermethoden des CIA scharf kritisiert. Er sei «fehlerhaft» und «voller Mist», sagte er dem Sender Fox News. Er unterstütze das Programm nach wie vor. Cheney war von 2001 bis 2009 unter George W. Bush Vizepräsident. Mit Blick auf den mutmasslichen Drahtzieher der Terrorangriffe vom 11. September 2001 sagte er: «Sollten wir ihn auf beide Wangen küssen und sagen: «Bitte, bitte, sag uns, was du weisst.» Natürlich nicht.» Chalid Sheikh Mohammed hatte laut Bericht 183mal das Waterboarding, also simuliertes Ertränken, erdulden müssen. (dpa)

Klaus Wowereit in Berlin abgelöst

BERLIN. Der Sozialdemokrat Michael Müller ist gestern zum neuen Regierenden Berliner Bürgermeister gewählt worden. Der Senator für Stadtentwicklung löst den beliebten, zuletzt auch umstrittenen Klaus Wowereit ab, der nach gut 13 Jahren an der Spitze des Berliner Senats zurücktrat. Müller erhielt gleich im ersten Wahlgang 87 von 146 abgegebenen Stimmen. (dpa)

Textlawine begräbt Klimaverhandlungen

Die UNO-Klimakonferenz in Lima sollte heute zu Ende gehen. Bis gestern war aber noch unklar, wie die Staatengemeinschaft zu einem Abschlussdokument gelangt. Die Verhandlungsgrundlage ist im Lauf der zwei Wochen immer umfangreicher geworden.

CHRISTIAN MIHATSCHE

LIMA. Der Verhandlungstext geht auf wie ein Hefekuchen. Zu Beginn der UNO-Klimakonferenz in der peruanischen Hauptstadt Lima hatte der Text gerade mal 12 Seiten. Bis am Montag der zweiten und politisch entscheidenden Woche war er auf 18 Seiten angewachsen. Immer mehr Länder wollten Sonderwünsche eingeflochten haben. Seit Montag sind auch die Umweltminister aus aller Welt in Lima eingetroffen, unter ihnen auch Bundesrätin Doris Leuthard. Nun sind es schon 52 Seiten Text.

Satz für Satz diskutiert

«Die Länder versehen jeden Paragraphen mit Ausnahmen, von denen sie zu profitieren hoffen», sagt Liz Gallagher vom britischen Umwelt Think-Tank E3G. Und Wendel Trio von CAN, einem Netzwerk von Umweltschutzorganisationen, sagt: «Mittlerweile haben wir bis zu zehn verschiedenen Optionen pro Paragraph.» Da wundert es nicht, dass Jochen

Flassbarth, Staatssekretär im deutschen Umweltministerium, feststellt: «Die Verhandlungen sind sehr langsam.» Dabei hat man von den ursprünglich zwei Texten den einen bereits vorgelegt, um erst nächstes Jahr weiter darüber zu diskutieren. Doch der andere muss in Lima verabschiedet werden. Um das Prozedere zu beschleunigen, wird der Text in zwei Gruppen diskutiert: Die erste ist für die Paragraphen 1 bis 22 und die zweite für den Rest verantwortlich. Aber es hilft alles nichts. «Die Methode, Satz für Satz im Plenum mit allen Ländern zu verhandeln, funktioniert nicht», sagt Wendel Trio.

Suche nach einem Ausweg

Der einzige, der das Verhandlungsprozedere ändern kann, ist der Präsident der Klimakonferenz, der peruanische Umweltminister Manuel Pulgar-Vidal. Doch das ist heikel: Die Satz-für-Satz-Methode haben die Entwicklungsländer Ende der ersten Woche gegen Opposition der In-

dustriestaaten durchgesetzt und dies als prozeduralen Sieg verkauft. Trio nimmt daher an, dass Pulgar-Vidal auf das «klassische Kollaps-Szenario» setzen wird. Bei allen Klimakonferenzen kommt einmal der Punkt, wo sich die Länder festgebissen haben und ein Scheitern der Konferenz droht. Trio glaubt, dass Pulgar-Vidal den Kollaps nun provozieren wird: «Am Donnerstag

wird bis spät in die Nacht oder gar die ganze Nacht verhandelt. Und morgen stellt man fest, dass es so nicht weitergehen kann.»

Dies gibt Pulgar-Vidal die Möglichkeit, die Verhandlungsmethode zu ändern. Hier gibt es zwei Alternativen zur Satz-für-Satz-Methode: Zum einen könnte Pulgar-Vidal eine Gruppe der «Freunde des Präsidenten» damit beauftragen, einen Kompromisstext auszuarbeiten. Das Problem dabei sei aber, dass dann alle Länder «Freunde des Präsidenten» sein wollten, sagt Trio. Die andere Alternative hat sich bereits in den Klimaverhandlungen vor vier Jahren in Cancun, Mexiko, bewährt. Dort haben immer zwei Minister, einer aus einem Entwicklungsland und einer aus einem Industriestaat, einen thematischen Auftrag bekommen, etwa den Waldschutz oder die Finanzierung.

Pragmatische Lösung gesucht

Dieser Ansatz könnte auch in Lima funktionieren. «Bei einem Treffen der Cartagena-Gruppe



Doris Leuthard in Lima. Bild: ap